

Armut: Von der Tugend zur Strafe

Abriss Im Rahmen einer Vortragsreihe des Liechtenstein-Instituts referierte Paul Vogt gestern über Armut und Reichtum. War arm zu sein anfänglich eine Tugend, entpuppte sie sich später als Strafe. Heute klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander.

«Gestern – Heute – Morgen: Perspektiven auf Liechtenstein» heisst die aktuelle Vortragsreihe des Liechtenstein-Instituts anlässlich des 300-jährigen Jubiläums des Landes. Über ein Jahr hinweg werden in zehn verschiedenen Gemeinden zehn ebenso unterschiedliche Themenschwerpunkte beleuchtet. Das gemeinsame Motiv bildet dabei die Auseinandersetzung mit der liechtensteinischen Identität. Zu dieser gehören, wie der Historiker und ehemalige Landesarchivar Paul Vogt gestern in der Schul- und Gemeindebibliothek Balzers verdeutlichte, Armut und Reichtum ebenso dazu wie Fürst und Volk, Souveränität und Abhängigkeit oder Fremde und Einheimische.

Die Konzentration von Reichtum nimmt zu

«Offensichtliche Armut gibt es nach offizieller Meinung nicht. Die Statistiken aber zeigen, dass auch in Liechtenstein bei der Vermögensverteilung die Ungleichheit stark zugenommen hat», sagte der Historiker zur gegenwärtigen Situation. Um dieser «offiziellen Meinung» ein Gesicht zu geben, zog er den zweiten Armutsbericht

aus dem Jahr 2008 bei. Die zentrale Aussage besagt, dass es keine (wirkliche) Armut in Liechtenstein gebe, Einkommensschwäche hingegen schon. Elf Prozent der Haushalte waren damals davon betroffen. Doch damit gab sich Paul Vogt nicht zufrieden. Neben Auszügen von Briefen, die an die Caritas adressiert waren und schwarz auf weiss zu verstehen gaben, dass es hierzulande sehr wohl Menschen gibt, die auf Hilfe angewiesen seien, liess er Zahlen für sich sprechen: Ein Ranking der Einkommensverteilung aus dem Jahr 2004 besagt, dass in Liechtenstein die Einkommensverteilung etwa der aus Österreich, der Schweiz und Deutschland entspricht und im Vergleich zur EU sogar besser ist. «Die Verteilung des Einkommens war in den vergangenen 10 Jahren relativ stabil. Und wenn es sich dann doch verändert hat, ausschliesslich in Richtung Verteilungsgerechtigkeit», erklärte Vogt. Jedoch liess das «aber» nicht lange auf sich warten. Denn hinsichtlich der Vermögensverteilung habe sich die Problematik massiv verschärft, betonte der Referent. Lag der Anteil der oberen 10 Prozent am Ge-



Paul Vogt: «Auch hier gab und gibt es Armut.»

Bild: Daniel Ospelt

samtvermögen im Jahr 1968 noch bei 48 Prozent, waren es 2014 bereits über 80 Prozent. Damit ist Liechtenstein auf dem Ranking der Vermögensverteilung enorm weit oben. «Es gibt nur wenige Staaten, deren Vermögensverteilung noch extremer ist», sagte er.

Dieses Muster wird sich nach Einschätzung des Historikers auch in Zukunft halten. Global gesehen, wie auch auf Liechtenstein bezogen, nehme die Konzentration des Reichtums weiter zu. «Was soll und kann der Staat also tun?», fragte sich Vogt und nannte ein paar

der möglichen Lösungsvorschläge: Zum einen gebe es das Gleichheitsprinzip, wonach alle die gleichen Startchancen bezüglich des Zugangs zu Bildung oder höheren Positionen erhalten. «Eine andere Variante wäre das Leistungsprinzip: Wer mehr arbeitet, soll mehr bekommen.» Jedoch hatte Vogt auch hier so seine Bedenken. Schliesslich, erklärte er, würden die Reichen oft bereits reich geboren werden. Deswegen der dritte Lösungsweg: Ein Bedürftigkeitsprinzip, womit die «legitimen» Bedürfnisse erfüllt werden. Da Vogt

aber Historiker und nicht etwa Wahrsager ist, konnte er die Frage nicht restlos klären, wohl aber einen Einblick geben, wie es in der Vergangenheit aussah.

Pflicht lag in erster Linie bei der Familie

Noch im Frühchristentum galt Armut als eine christliche Tugend, da man in der Lage war, vom irdischen Besitz loszulassen. «Doch bereits mit der Reformation und Gegenreformation fand eine Neubewertung statt», so Vogt. Von nun an wurde wiederum der Reichtum als eine Gnade Gottes für ein arbeitsames und frommes Leben angesehen. «Notzeiten hingegen als Strafe Gottes für ein gottloses Leben», ergänzte der Referent. Doch genau dieser Kampf ums Überleben kannten die Menschen in Liechtenstein nur zugut, wenngleich nicht vom «Armenhaus Europas» die Rede sein kann. Die bäuerliche Subsistenzwirtschaft herrschte vor, deren Ziel die Selbstversorgung mit dem Lebensnotwendigen war. «Trotzdem gab es ständige Knappheit, wenig Fleisch und Hungersnöte in Krisenzeiten. Zudem fehlte die Gesundheitsversorgung und ein

Arbeitsmarkt war auch nicht vorhanden», so Vogt.

Zu unterscheiden galt es die «Hausarmen» von den fremden Bettlern, Vaganten oder Zigeunern. Erstere waren einheimische, unverschuldete Arme wie Alte, Waisen, Kranke oder Verunfallte. Ihnen wurden in den Häusern der Heimatgemeinde Almosen gegeben – sie wurden akzeptiert, wenngleich aber auch des Landes verwiesen, wenn es sich um arbeitsfähige, aber arbeitsscheue einheimische Bettler handelte. Die Pflicht, sich um die Armen zu kümmern, lag vor allem bei den Familien. «In Notfällen ist die Gemeinde eingesprungen.» Die erste staatliche Regelung folgte 1845, das Armengesetz wurde 1869 eingeführt: Die Armenunterstützung war von nun an gesetzliche Pflicht. Ab 1870 gab es die erste betriebliche Krankenversicherung, 1910 folgte das gesetzliche Obligatorium für Kranken- und Unfallversicherung und die Verfassung von 1921 sah die Sozialversicherung vor. Das Armenwesen blieb aber nach wie vor Gemeindeaufgabe.

Julia Kaufmann

jkaufmann@medienhaus.li